

Helmut Müller: Beitrag zur Kundgebung am 18. Juni 2024 in Köln

Ich war dabei. Mit einigen Gemeindegliedern der Evangelischen Markus-Kirchengemeinde in Oberhausen reihten wir uns 1999 in die Menschenkette rund um die Kölner Innenstadt ein. Wir waren keine Finanzexpert*innen, aber davon überzeugt: Es ist Aufgabe von Christinnen und Christen und unseren Kirchen, sich für einen umfassenden Schuldenerlass der Länder des globalen Südens einzusetzen. Denn immer mehr Länder des Globalen Südens steckten in einer Schuldenfalle, die sie nicht zu verantworten haben. Wir hatten erkannt: Die fortschreitende Überschuldung von Staaten verstärkt Armut und Ungleichheit und verhindert ein würdevolles Leben. Finanzielle Mittel, die in den Schuldendienst fließen, stehen nicht zur Verfügung, um die immer weiter wachsende Armut, den fortschreitenden Hunger zu bekämpfen. Das ist das Drama, das sich in Ländern abspielt, die in der Schuldenfalle stecken.

Und für uns war das keine abstrakte Frage. Die internationalen Partnerschaften z.B. zu einer lutherischen Kirche in Tansania hatten uns sensibilisiert. Wir sahen, wie der Staat gezwungen war, Bildungs- und Gesundheitsprogramme immer weiter runterzufahren, um wenigstens die Zinsen begleichen zu können und damit formal kreditwürdig zu bleiben. Und wie sehr die breite Bevölkerung unter den Folgen dieser vom internationalen Finanzmarkt, von IWF und Weltbank und staatlichen Gläubigern aufgezwungenen politischen Maßnahmen litt.

Dass dann aufgrund einer weltweiten Mobilisierung die bis dahin erlass-unwilligen G8 Regierungen ausgerechnet hier in Köln eine weitreichende Streichung der Schulden der prekär verschuldeten Länder beschlossen, konnten wir zuerst kaum glauben. Es war eine wesentliche Erfahrung, dass die Basis, dass Ortsgemeinden und Initiativen auch in wirtschaftlichen Fragen etwas bewegen können, wenn sie sich international vernetzen und ihre Verantwortung für politische und wirtschaftliche Entscheidungen gemeinsam und entschlossen öffentlich zum Ausdruck bringen.

Diese Lernerfahrungen blieben auch in der EKD nicht ohne Wirkung. Und es erscheint heute notwendig, dass wir daran erinnern. In einer Kundgebung der **9. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahr 2000 in Braunschweig wird der kirchlichen und gesellschaftlichen Basisbewegung ausdrücklich gedankt und der Einsatz für ein faires Finanz- und Wirtschaftssystem als kirchliche Aufgabe benannt:**

„Entwicklung braucht Entschuldung. Dieses Leitwort der Kampagne von Entwicklungswerken, Kirchen, ökumenischen Organisationen und Initiativen zum Erlassjahr 2000 bleibt weiterhin gültig. Die inzwischen von der Politik eingeleiteten Maßnahmen zur Entschuldung der ärmsten Länder können nur ein erster Schritt sein. Die Bemühungen müssen weitergehen. Die Kampagne zum Schuldenerlass muss fortgesetzt werden.“ „Ziel der Entwicklung in der einen Welt muss die Befreiung von Hunger und Armut, die Überwindung der Ursachen von Krieg und Gewaltanwendung und der Aufbau einer gerechten und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung sein. Die Aufgabe ist groß, aber es gibt keinen Grund zur Resignation. Dankbar nehmen wir viele Initiativen wahr, die sich zu Anwälten einer gerechten Entwicklung machen.“ „Wirtschaftliche

Interessen müssen in ein Gleichgewicht gebracht werden mit dem Einsatz für Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ... Wir brauchen beispielhaftes Handeln in unseren Kirchen, das sich nach diesen Maßstäben richtet.“

2024 – 25 Jahre später: Ich arbeite mittlerweile in der Vereinten Evangelischen Mission, einer Gemeinschaft von 39 Evangelischen Kirchen in drei Kontinenten. Die VEM ist eine der Gründungsmitglieder von erlassjahr.de. Die Erfahrungen vieler Mitgliedskirchen z.B. in Sri Lanka zeigen: Einzelne Schuldenerlasse reichen nicht. Es braucht ein faires und transparentes Entschuldungsverfahren. Prekär verschuldete Länder brauchen Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen sich aus der Schuldenfalle zu befreien.

Der Ökumenische Rat der Kirche setzt sich bereits seit den Siebzigerjahren für diese grundlegenden Strukturveränderungen ein. Was die Vollversammlung 1998 in Harare beschloss, ist leider auch heute noch hochaktuell:

„Die Erlassjahrvision ist heute noch ebenso gültig wie vor Jahrtausenden. Die Verschuldung der ärmsten Länder gegenüber westlichen Regierungen und Gläubigern ist die Sklaverei unserer Zeit. Die sich beschleunigende Konzentration des Reichtums in den Händen einiger weniger in den reichsten Staaten und der verheerende Rückgang des Lebensstandards in den ärmsten Ländern bedürfen dringend einer Korrektur nach dem Vorbild des alten Sabbat- bzw. Erlassjahres. Die sozialen, politischen und ökologischen Kosten der Schuldenkrise können nicht länger hingegenommen und müssen ausgeglichen werden. Nur wenn wir den Auftrag des Sabbat-/Erlassjahres erfüllt haben, können wir "umkehren zu Gott" und "fröhlich sein in Hoffnung"...

Neue Strukturen und Mechanismen, die die Mitwirkung von Gläubigern und Schuldern und den Dialog zwischen ihnen gewährleisten, sind dringend erforderlich. Vieles von dem ist in den Forderungen von erlassjahr.de eingeflossen und konkretisiert.

Wir stehen hier am Kölner Dom. Auch wenn Papst Franziskus heute leider nicht persönlich zu uns sprechen kann, hat er Anfang des Monats – nicht zum ersten Mal – strukturelle Maßnahmen zur Überwindung der Verschuldung vieler Länder des Südens angemahnt. "Nach einer schlecht gesteuerten Globalisierung, nach der Pandemie und den Kriegen stehen wir vor einer Schuldenkrise, die vor allem die Länder im Süden der Welt betrifft, Elend und Angst hervorruft und Millionen von Menschen der Möglichkeit einer menschenwürdigen Zukunft beraubt", sagte er im Vatikan vor Teilnehmern der Konferenz "Schuldenkrise im Globalen Süden" der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften. Um den Kreislauf von Finanzierung und Neuverschuldung zu durchbrechen, sei die Schaffung eines multinationalen Mechanismus nötig, der in Solidarität und Harmonie der Völker "die globale Bedeutung des Problems und seine wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Auswirkungen berücksichtigt", erklärte Franziskus. Das Fehlen eines solchen Mechanismus begünstige das Prinzip "Jeder für sich", bei dem die Schwächsten immer die Verlierer seien.

"In Einklang mit den Lehren meiner Vorgänger möchte ich noch einmal betonen, dass es die Grundsätze von Gerechtigkeit und Solidarität sind, die zu einer Lösung führen werden", so der Papst. "Deshalb denken wir über eine neue internationale Finanzarchitektur nach, die mutig und kreativ ist."

Weiter erinnerte Franziskus an die Worte von Papst Johannes Paul II. (1978-2005) im Heiligen Jahr 2000, wonach die Frage der Auslandsverschuldung nicht nur wirtschaftlicher Natur ist, sondern "grundlegende ethische Prinzipien berührt und im Völkerrecht Platz finden muss". Jubiläumsjahre böten gute Gelegenheit, um Schulden zu erlassen oder zumindest zu reduzieren, zitierte Franziskus seinen Vor- Vorgänger. Er wolle diesen prophetischen Aufruf wiederholen, der heute dringender denn je sei, betonte Franziskus mit Blick auf das kommende Heilige Jahr 2025. "Ökologische Schulden" und Auslandsschulden seien dabei zwei Seiten derselben Medaille, die die Zukunft belasten. Niemand könne mit gutem Gewissen in dem Bewusstsein leben, dass viele Menschen hungern und in sozialer Ausgrenzung leben. Dies zu verdrängen, sei eine "soziale Sünde", so der Papst.

In ökumenischer Verbundenheit bedanke ich mich für dieses klare Bekenntnis. Wir werden als erlassjahr.de darauf zurückkommen – Versprochen.